

IDA-Infomail

Nummer 5

Oktober 2019, 20. Jg.

Editorial	S. 1
Neues von IDA und IDA-NRW	S. 2
Vielfalt-Mediathek	S. 8
Mitgliedsverbände	S. 10
Aktion, Information	S. 13
Literatur	S. 21
Seminare, Tagungen	S. 27
Impressum	S. 30

Editorial

Was darf ich eigentlich noch sagen? Darf man das noch sagen? – Die Debatte um Meinungsfreiheit hat sich in der medialen, politischen und zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung etabliert. Da gibt es jene, die verunsichert sind, was sie (noch) sagen dürfen, jene, denen ein moralischer Zeigefinger vorgeworfen wird und jene, die sich aufgrund einer vermeintlich bloßen Meinungsäußerung zu Unrecht als Rassist*innen bezeichnet fühlen. Letztere verweisen auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit. Allerdings haben Rassismus, Diskriminierung, Antifeminismus und Verunglimpfungen nichts mit Meinungsfreiheit zu tun. Rassismus, um an dieser Stelle nur eines der als Meinungsfreiheit getarnten Elemente von Menschenfeindlichkeit herauszugreifen, ist eine Ideologie, eine alltägliche Praxis, ein strukturelles und institutionelles Instrument, das tradierte Ungleichheiten und gefestigte Ausgrenzungsmechanismen aufrechterhält.

Neu am Streit um Meinungsfreiheit ist, dass verbale Provokationen auf der politisch-demokratischen Bühne alltäglich geworden sind und damit auch für die Gesellschaft als sagbar und lebbar kategorisiert werden. Wenn Politiker*innen also metaphorisch bedrohliche Worte für Migrierte verwenden (die wir hier bewusst nicht wiederholen möchten), dann wird eine Bedrohung damit geschaffen – und dann ist der Weg von der verbalen Gewalt zur körperlichen nicht mehr weit, wie jüngst das antisemitische, rassistische und antifeministische Motivations des Attentäters in Halle gezeigt hat. Denn

Sprache ist kein Abbild unserer Gesellschaft, sondern sie schafft unsere Wirklichkeit.

Trotzdem bleibt die Frage: Wie umgehen damit, dass laut einer Umfrage des Allensbacher Instituts zwei Drittel der Bürger*innen davon überzeugt sind, man müsse sehr darauf achten, zu welchen Themen man sich wie äußert? An dieser Stelle gilt, was das Recht auf Meinungsfreiheit beinhaltet: Es gibt ein Recht auf freie Meinungsäußerung, solange diese u. a. die persönliche Ehre schützt und keine Beleidigungen und Verleumdungen enthält. Vor diesem Hintergrund überrascht, dass selbst die Justiz antifeministische und sexistische Beschimpfungen in den Sozialen Medien, wie sie Renate Künast zur Anzeige gebracht hat, nicht verurteilt.

Die Debatte um Meinungsfreiheit – die wir hier nur angerissen haben – ist zwar vielschichtig, aber nicht unlösbar. Ein kontroverser Meinungsaustausch ist nicht nur ein gewinnbringendes, sondern auch ein urdemokratisches Format für eine starke Zivilgesellschaft. Als diverse Gesellschaft sollten wir dazu in der Lage sein, unterschiedliche Meinungen und Haltungen zu hören und damit vielseitige Perspektiven wahrzunehmen. Aber – und das ist zentral – eine frei geäußerte Meinung sollte respektvoll und diskriminierungssensibel kommuniziert werden.

Nora Warrach

IDA informiert:

■ Jubiläumstagung „Allianzen bilden in der gespaltenen Migrationsgesellschaft? Rückblicke, Einblicke und Ausblicke aus der rassismuskritischen Bildungsarbeit“ und Jubiläumsfeier „25 Jahre IDA-NRW“

Am 27.09.2019 feierten wir mit einer Fachtagung und einem Festakt in Düsseldorf unser 25-jähriges Jubiläum. Der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW Dr. Joachim Stamp würdigte in einer zugewandten Rede die Arbeit der Fachstelle. Gegründet wurde IDA-NRW im Jahr 1994 nach dem rassistisch motivierten Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç in Solingen im Mai 1993.

Ziel der Tagung war es, Rassismus- und Antisemitismuskritik sowie Rechtsextremismusprävention zusammen zu denken und gleichzeitig Leerstellen, Spannungsfelder und Widersprüche zu problematisieren. Die Tagung wurde von Janina Bauke als Vorsitzende des IDA e.V. eröffnet. Der Einführungsvortrag von María do Mar Castro Varela hatte das Thema „Rassismuskritische Reflexivität als Notwendigkeit für eine solidarische Praxis in der Migrationsgesellschaft“ zum Gegenstand. Die Teilnehmer*innen konnten anschließend zwischen vier Workshop-Themen wählen: „Rassismuskritische Mädchen*arbeit – ein intersektionaler Ansatz“ von Sanata Nacro (LAG Mädchenarbeit), „Antifeminismus, Maskulismus und die Neue Rechte – eine pädagogische Herausforderung“ von Andreas Kemper (Soziologe und Publizist), „Bedingungen und Möglichkeiten einer rassismuskritischen und empowermentorientierten Jugendarbeit im Kontext Migration und Flucht“ von Cecil Arndt und Kolja Koch (projekt.kollektiv des IDA-NRW), „Spannungsverhältnis von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus von Deborah Krieg (Bildungsstätte Anne Frank). Den Abschluss der Tagung bildete eine von Karima Benbrahim moderierte spannende Podiumsdiskussion mit Astrid Messerschmidt, Sandra Karangwa, María do Mar Castro Varela

und Heiko Klare. Leitfrage war, wie Allianzen geschaffen und gestärkt werden können, die die rassistischen Gewaltverhältnisse nicht nur benennen, sondern auch verändern. Die Tagung stieß auf eine sehr positive Resonanz und war mit insgesamt ca. 100 Teilnehmer*innen sehr gut besucht.

Die anschließende Jubiläumsfeier wurde von Dr. Joachim Stamp, dem Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen und Stellvertretenen Ministerpräsidenten, mit einem Grußwort eröffnet. Stamp wies darin auf die Gefahr des Rechtsrucks für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hin sowie auf die damit verbundene Verbreitung von Hass und Hetze bis hin zu Gewaltandrohungen, die mittlerweile zum Alltag geworden sind – sowohl für die betroffenen Menschen als auch für diejenigen, die sich gegen rechte Strömungen positionieren. Die beiden Vorsitzenden des IDA e. V., Janina Bauke und Stefan Brauneis, zeichneten in ihrem Grußwort die Entwicklung des IDA-NRW nach. Unter den Besucher*innen befanden sich der neue Abteilungsleiter des Jugendministeriums NRW Dr. Thomas Weckelmann, Mitglieder aus dem gegenwärtigen und ehemaligen Vorstand sowie Mitarbeiter*innen aus der Geschäftsstelle und Weggefährter*innen.

Die Spoken Word Performerin Aisha Sesay teilte ihre alltäglichen Erfahrungen, indem sie in einer eindringlichen Darbietung die auf sie projizierten Bilder verarbeitete.

Max Madjé verhandelte in seinem Song „Fast perfekter Ort“ die (Nicht-) Zugehörigkeitsdiskurse und schloss mit „Ich bin ene Kölsche Jung“. Beiden Künstler*innen



gelang es, die Besucher*innen gleichzeitig nachdenklich zu stimmen und zu unterhalten.

Zu unserem Jubiläum haben wir ein Magazin zusammengestellt, in dem wir die vergangenen Jahre reflektieren, Einblicke in unsere Arbeit geben und unsere zentralen Themen diskutieren. Es steht auf unserer Website zum Download zur Verfügung. **Download unter:** <https://www.ida-nrw.de/publikationen/reader-buecher/detail/25-jahre-ida-nrw-jubilaumsmagazin-rueckblicke-einblicke-ausblicke/>

■ projekt.kollektiv

Das aus Landesmitteln des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) geförderte projekt.kollektiv der Fachstelle IDA-NRW hat das Ziel, rassismuskritische Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration & Flucht weiterzuentwickeln und Impulse zu setzen, um Rassismuskritik und Empowerment-Ansätze landesweit in den Strukturen der Jugendarbeit zu verankern. Das Projekt nimmt seit Beginn in den Blick, dass junge Menschen mit Fluchterfahrung, People of Color und Selbstorganisationen als Multiplikator*innen der Jugendarbeit sowie als Akteur*innen anerkannt und in die Jugend(bildungs-)arbeit einbezogen werden müssen.

Mehr Informationen zum projekt.kollektiv:

<https://www.IDA-NRW.de/wir-ueber-uns/projekte/>

projekt.kollektiv bei facebook:

<https://de-de.facebook.com/pages/category/Community-Service/projekt-kollektiv-501836163499189/>

■ Netzwerk interkultureller Jugendverbandsarbeit und -forschung (NiJaf)

Die zweite Sitzung des Netzwerks interkultureller Jugendverbandsarbeit und -forschung (NiJaf) fand am 21. Oktober 2019 beim THW

in Bonn statt. Präsentiert wurde am Vormittag das Modellprojekt „Tolerant – Hilfsbereit – Weltoffen“ von der THW-Jugend Sachsen und Thüringen in Kooperation mit der Courage-Werkstatt. Anschließend bot den Teilnehmenden Gian Aldonani vom Zentralrat der Êzîden und der Êzîdischen Jugend Deutschland einen Einblick in die Verfolgungshistorie der Êzîd*innen und der Diaspora-Situation in Deutschland. Am Nachmittag wurde das Projekt KiRiV und KiRiV 2.0 präsentiert, welches mit seiner interreligiösen und interethnischen Ausrichtung einzigartig ist und gewinnbringende Synergien zwischen Vereinen und Einzelakteur*innen schafft. Die Präsentationsrunde schloss Inga Selent von der Universität Münster mit ersten Forschungsergebnissen zur Kinder- und Jugendhilfe in muslimischer Trägerschaft. Die Sitzung endete mit einem Austausch zum Selbstverständnis des NiJaf.

■ Neue Referentin bei IDA e.V.

Seit Oktober 2019 verstärkt Nora Warrach als Referentin das IDA e. V.-Team. Gemeinsam mit Sebastian Seng teilt sie sich die Stelle zunächst in Teilzeit bis Oktober 2020 und vertritt ihn anschließend ein Jahr Vollzeit während seiner Elternzeit. Nora Warrach hat an den Universitäten in Köln und Innsbruck zu den Themenbereichen Migration, Postkolonialismus und Rassismuskritik gelehrt und bringt freiberufliche und ehrenamtliche Erfahrungen im Bereich rassismuskritischer politischer Bildungsarbeit mit.

Kontakt:

Nora Warrach

Tel: 02 11 / 15 92 55 65

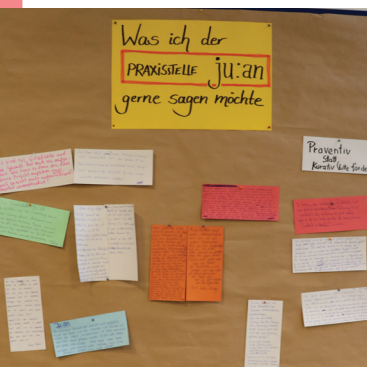
nora.warrach@idaev.de

www.idaev.de

IDA-NRW informiert:

■ Offener Brief: Solidarische Wünsche und Grüße aus dem projekt.kollektiv an die „ju:an“ Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit

Bei einem Wochenendseminar im Rahmen der „Qualifizierungsreihe für junge Multiplikator*innen der rassismuskritischen Jugendbildungsarbeit im Kontext Migration und Flucht“ des projekt.kollektiv wurde nach einem Workshop der „ju:an“ Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit (Amadeu Antonio Stiftung) in der Seminargruppe thematisiert, dass die Weiterförderung dieser Praxisstelle in der neuen Förderphase von „Demokratie Leben!“ derzeit akut gefährdet ist. Dies stieß in der Seminargruppe wie bei den Projektreferent*innen auf großes Unverständnis und gemeinsam mit den Teilnehmer*innen der Qualifizierungsreihe wurden daher solidarische Wünsche und Grüße gesammelt, die wir als Offenen Brief mit den besten Wünschen aus unserer Fachstelle an die ju:an Praxisstelle verschickt haben.



„Die Kooperation mit ju:an im Rahmen unserer diesjährigen ‚Qualifizierungsreihe für junge Multiplikator*innen der rassismuskritischen Jugendbildungsarbeit im Kontext Migration und Flucht‘ war für die Arbeit des projekt.kollektiv (IDA-NRW)

auf fachlich-pädagogischer Ebene unheimlich wertvoll und bereichernd. Besonders die Impulse in der Konzeptionierungsphase der Qualifizierungsreihe sowie ein Tagesworkshop von Kiana Ghaffarizad im Kontext des Moduls zum Thema Antisemitismuskritik haben uns – und auch die Teilnehmer*innen unserer Qualifizierungsreihe – sehr beeindruckt. Kiana Ghaffarizad hat im Workshop komplexes fachliches Wissen über Antisemitismus sowie rassismus- und antisemitismuskritische Perspektiven zu ge-

sellschaftlichen Zusammenhängen auf eine an den Fragen, Bedürfnissen und Lebensrealitäten der Teilnehmer*innen orientierte Weise zur Verfügung gestellt und so nachhaltige (Selbst-)reflexionsprozesse ermöglicht und angestoßen. Den Teilnehmer*innen war es so möglich, komplexe Zusammenhänge nicht nur analytisch, sondern auch auf einer persönlichen Ebene zu begreifen und bisherige Sichtweisen und Leerstellen zu hinterfragen. Es gibt in Deutschland wohl nur wenige vergleichbare Fachstellen, die das praktische Zusammendenken von Rassismuskritik und Antisemitismuskritik für die Jugend(bildungs)arbeit so konsequent vorleben – und inhaltlich wie pädagogisch derart überzeugend vermitteln. Daher ist es für uns, insbesondere vor dem Hintergrund eines bedrohlich gewachsenen und offen zutage tretenden gesamtgesellschaftlichen Antisemitismus, und unter dem Eindruck der jüngsten Geschehnisse in Halle, völlig überraschend und absolut unverständlich, dass die weitere Förderung von ju:an und damit die Fortsetzung ihrer hervorragenden Arbeit derzeit akut bedroht ist. Wir wünschen der Praxisstelle ju:an, dass sie die sehr wichtige und erfolgreiche Arbeit auch in den kommenden Jahren fortsetzen kann und wir hoffen, dass sich für uns auch in Zukunft weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit ergeben werden.“

Kolja Koch und Cecil Arndt, Referent*innen des projekt.kollektiv (IDA-NRW)

Der Offene Brief mit den gesammelten solidarischen Wünschen und Grüßen der Seminargruppe steht für Interessierte auch zum Download bereit: <https://www.ida-nrw.de/aktuelles/detail/solidarische-wuensche-und-gruesse-aus-dem-projekt-kollektiv-an-die-juan-praxisstelle/>

IDA-NRW informiert:

■ Stellenausschreibung - Die Opferberatung Rheinland sucht eine*n Mitarbeiter*in

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA) sucht für die Opferberatung Rheinland (OBR) - vorbehaltlich der endgültigen Bewilligung der in Aussicht gestellten Förderung - möglichst ab dem 01. Januar 2020 eine*n Mitarbeiter*in zur Stärkung der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit aus Betroffenenperspektive.

Die Stelle hat einen Arbeitsumfang von 60 Prozent (ca. 24 Wochenarbeitsstunden). Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an TV-L 11. Der Arbeitsort ist Düsseldorf. Die Stelle ist zunächst befristet bis zum 31.12.2020. Eine Weiterbeschäftigung über den 31.12.2020 hinaus wird angestrebt.

Ihre Aufgaben sind

- Konzipierung und Durchführung von Bildungsveranstaltungen für Multiplikator*innen und unterschiedliche Betroffenengruppen
- Erstellung von Informationsmaterialien für von Gewalt betroffene Menschen sowie für Multiplikator*innen
- Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit zum Themenschwerpunkt (u. a. Pressemitteilungen, Webpräsenz, Twitter, Facebook)
- Netzwerkausbau und -pflege zu relevanten Einrichtungen, Initiativen und Akteur*innen

Wir wünschen uns

- Hochschulabschluss im Bereich Geistes- / Sozialwissenschaften, Pädagogik oder vergleichbare Qualifikationen
- Sehr gute Kenntnisse in den Themenfeldern Rassismuskritik und politisch rechts motivierter Gewalt
- Gute Kenntnisse in der Öffentlichkeitsarbeit und im Bereich sozialer Medien

- Erfahrungen in der (politischen) Bildungsarbeit (Workshops, Seminare, Vorträge) mit Betroffenenengruppen
- Gute kommunikative Kompetenzen in Wort und Schrift sowie im Umgang mit den unterschiedlichen Zielgruppen
- selbständiges, eigenverantwortliches Arbeiten sowie Teamfähigkeit, persönliches Engagement, Flexibilität und Mobilität
- Bereitschaft zur Fort- und Weiterbildung
- Fremdsprachenkenntnisse

IDA arbeitet aktiv an der Gewährleistung eines rassismuskritischen, -sensiblen und solidari-schen Arbeitsumfeldes. Wir ermöglichen unseren Mitarbeiter*innen, sich im Themenfeld Rassismus, De-/Privilegierung und Empowerment weiterzubilden und schaffen Räume für die Selbst- und Teamreflexion. Bewerbungen von strukturell deprivilegierten Menschen und kritischen Verbündeten sind daher ausdrücklich erwünscht.

Bitte senden Sie Ihre vollständigen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bis zum 23.11.2019 in einer PDF-Datei von maximal 5 MB an die E-Mail-Adresse bewerbung@idaev.de. Die Bewerbungsgespräche finden voraussichtlich in der ersten Dezemberwoche in Düsseldorf statt.

Ausführliche Informationen über den Verein IDA e. V. und die OBR finden Sie unter www.IDAeV.de und www.opferberatung-rheinland.de/beratung.

■ **Fachtag „Verschieden, getrennt und gemeinsam: Für rassismuskritische und Empowerment-orientierte Räume in der Jugendarbeit streiten!“ (projekt.kollektiv) 28.11.2019 in Düsseldorf**

Die gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen wie die Normalisierung rassistischer und rechter Positionen und das Erstar-

ken von Nationalismus stellen die Strukturen der Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft vor besondere Herausforderungen. Insbesondere der Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft vor besondere Herausforderungen. Insbesondere im Hinblick auf den Kontext Migration und Flucht hat das projekt.kollektiv zum Ziel, Rassismuskritik und Empowerment-Ansätze landesweit in den Strukturen der Jugendarbeit zu verankern. Aus dieser Perspektive müssen junge Menschen mit Fluchterfahrung, People of Color und ihre Selbstorganisationen als Akteur*innen und Multiplikator*innen der Jugendarbeit anerkannt und ihre Perspektiven in die Jugendarbeit einbezogen werden. Auch im dritten Projektjahr arbeiten wir deshalb daran, Räume und Vernetzungsstrukturen aufzubauen, in denen diese Stimmen, Bedarfe und Perspektiven hörbarer und sichtbarer werden können.

Bei unserer Jahresabschlusstagung möchten wir praxisorientiert herausarbeiten, was Rassismuskritik und Empowerment-Orientierung für die Jugendarbeit bedeuten und welche Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen erkennbar sind. Nach einem inhaltlichen Vortrag werden wir auf das Projektjahr zurückblicken und eine intersektional ausgerichtete Qualifizierungsreihe für junge Multiplikator*innen vorstellen. Die Impulse aus der Projektarbeit, besonders aus der Qualifizierungsreihe sowie aus der Zusammenarbeit mit anderen Fachstellen und Projektpartner*innen, möchten wir aufnehmen und thematisieren, um gemeinsam ins Gespräch zu kommen: Welche Möglichkeitsräume können wir durch rassismuskritische Konzepte im Kontext Migration und Flucht für die Jugend(bildungs-)arbeit schaffen? Wie lassen sich aus rassismuskritischer Perspektive notwendige Querschnittsthemen (wie gendersensible Ansätze, queere Perspektiven und Antisemitismuskritik) bearbeiten? Wie können wir gemeinsam für rassismuskritische und Empowerment-orientierte Räume in der Jugendarbeit streiten und eine solidarische

Praxis entwickeln?

Wir freuen uns ganz besonders auf ein Podiumsgespräch mit Teilnehmer*innen unserer diesjährigen Qualifizierungsreihe und mit Projektpartner*innen:

Naji Ahmad (Êzîdische Jugend NRW), Kiana Ghaffarizad (ju:an Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit, Amadeu Antonio Stiftung), Şeyma Özdemir (Projekt Muslima Empowerment Münster) und Naomi Touré (The Queer L-Vlog)

Das vollständige Programm des Fachtags sowie das Anmeldeformular finden Sie auf der Website des IDA-NRW: <https://www.ida-nrw.de/aktuelles/detail/verschieden-getrennt-und-gemeinsam-fuer-rassismuskritische-und-empowerment-orientierte-raeume-in-der/>

Der Fachtag richtet sich an pädagogische Fachkräfte und Multiplikator*innen der Offenen Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozial- und Jugendbildungsarbeit, an junge Menschen (insbesondere an junge Menschen of Color und mit Fluchterfahrung), die als Multiplikator*innen (selbstorganisiert) aktiv sind oder sein möchten, und an selbstorganisierte (Willkommens-)Initiativen, Vereine und interessierte Einzelpersonen.

Der Veranstaltungsort ist barrierefrei zugänglich. Bitte wenden Sie sich möglichst frühzeitig direkt an uns, wenn Sie diesbezüglich Fragen haben oder auch bei Übersetzungsanfragen, Fragen und Anmerkungen zur Veranstaltung.

Wichtig: Wir bitten Teilnehmende um einen Unkostenbeitrag für Getränke und Verpflegung in Höhe von 15 €. Für Studierende, Geringverdiener*innen und Bezieher*innen von Arbeitslosengeld/Hartz IV wird kein Unkostenbeitrag erhoben. Da die Perspektiven junger geflüchteter Menschen und junger People of Color im Fokus des Projekts stehen, ist die Teilnahme auch für sie kostenlos. Weitere Informationen zur Anmeldung finden Sie und ihr unter obigem Link auf der IDA-NRW Website.

■ Fachtagung „Wir erleben es jeden Tag...“ – Rassistische Diskriminierung in der Migrationsgesellschaft: Handlungsmöglichkeiten für Schule & Soziale Arbeit

5. Dezember 2019 in Dortmund

DONNERSTAG,
05. DEZEMBER 2019

EINLADUNG ZUR FACHTAGUNG

„WIR ERLEBEN ES JEDEN TAG...“

RASSISTISCHE DISKRIMINIERUNG IN DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT:
HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR SCHULE & SOZIALE ARBEIT

Gleiche Rechte und Chancengleichheit sind im Grundgesetz verankert und dem Selbstverständnis der Bundesrepublik nach allgemein akzeptierte Prinzipien der Gesellschaft. Der Anspruch auf gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ressourcen, d.h. zu Bildung, Arbeit und Wohnraum, zu sozialen Dienstleistungen und zu politischen Teilhaberechten, bleibt jedoch de facto für viele Menschen im Grunde unerfüllt.

Nachdem gesellschaftliche Ungleichheiten, Machtverhältnisse und Normvorstellungen ermöglichen und legitimieren Diskriminierung, also die Ungleichbehandlung und Abwertung von Menschen aufgrund von Merkmalen wie (zugeschriebener) Herkunft, Geschlecht und sexueller Identität, ist der Migrationsgesellschaft spielt Rassismus eine wesentliche Rolle für Diskriminierung. Rassistische und post-koloniale Bilder und Denkmuster gehen mit ökonomischen, politischen und sozialen Ungleichheiten einher, so dass die gesellschaftliche und institutionelle Diskriminierung von Schwarzen Menschen, People of Color und migrantisierten Menschen in einer Reihe von Bereichen des Lebens zu beobachten ist.

Das selbsternannte Mandat der Sozialen Arbeit ist es, den Benachteiligten von Menschen entgegenzukommen und für Partizipation und Chancengleichheit einzustehen. In Fachkreisen der Sozialen Arbeit und in Bildungseinrichtungen steht die Frage, wie sie rassistische Diskriminierung erkennen und angemessen dagegen vorgehen können. Die Fachtagung bietet die Möglichkeit einer systematischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und institutionellen Diskriminierungsverhältnissen sowie mit möglichen Gegenmaßnahmen und Empowerment-Ansätzen. Die Veranstaltung möchte einen Austausch über kritische und reflektierte Umgangsweisen mit gesellschaftlichen wie institutionellen Machtverhältnissen und den Mechanismen von Diskriminierung und Rassismus anregen.



In Kooperation mit der AWO Dortmund und der Auslands-gesellschaft e.V. organisiert das projekt.kollektiv eine Fachtagung in Dortmund.

Es erwarten Sie und euch spannende Fachvorträge von Prof. Dr. Karim Fereidooni (Ruhr-Universität Bochum), Marthe Heidebreder und Sana Nacro (Fachreferentinnen* der Landesarbeits-

gemeinschaft für Mädchen*arbeit in NRW) sowie praxisorientierte Workshops rund um die Themen Rassismuskritik, Diskriminierung und Empowerment. Die Fachtagung richtet sich insbesondere an Fachkräfte der pädagogischen und Sozialen Arbeit und soll zur Reflexion über strukturelle und institutionelle Machtverhältnisse sowie über miteinander verwobene gesellschaftliche Mechanismen von Diskriminierung und Rassismus anregen.

Gleiche Rechte und Chancengleichheit sind im Grundgesetz verankert und dem Selbstverständnis der Bundesrepublik nach allgemein akzeptierte Prinzipien der Gesellschaft. Der Anspruch auf gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ressourcen, d.h. zu Bildung, Arbeit und Wohnraum, zu sozialen Dienstleistungen und zu politischen Teilhaberechten, bleibt jedoch de facto für viele Menschen bis heute unerfüllt. Historisch gewachsene Ideologien, Machtverhältnisse und Normvorstellungen ermöglichen und legitimieren Diskriminierung, also die Ungleichbehandlung und Abwertung von Menschen aufgrund von Merkmalen wie (zugeschriebener) Herkunft, Geschlecht und sexueller Identität. In der Migrationsgesellschaft spielt Rassismus

eine wesentliche Rolle für Diskriminierung: Rassistische und (post-)koloniale Bilder und Denkmuster gehen mit ökonomischen, politischen und sozialen Ungleichheiten einher, so dass die gesellschaftliche und institutionelle Diskriminierung von Schwarzen Menschen, People of Color und migrantisierten Menschen in vielen Fällen unerkannt bleibt bzw. selten problematisiert wird. Ein selbsternanntes Kernziel der Sozialen Arbeit ist es, den Benachteiligten von Menschen entgegenzutreten und für Partizipation und Chancengleichheit einzustehen. Für Fachkräfte der Sozialen Arbeit und in Bildungseinrichtungen stellt sich die Frage, wie sie rassistische Diskriminierung erkennen und angemessen dagegen vorgehen können. Die Fachtagung bietet die Möglichkeit einer rassismuskritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und institutionellen Diskriminierungsverhältnissen sowie mit möglichen Gegenmaßnahmen und Empowerment-Ansätzen. Die Veranstaltung möchte einen Austausch über kritische und reflektierte Umgangsweisen mit gesellschaftlichen wie institutionellen Machtverhältnissen und den Mechanismen von Diskriminierung und Rassismus anregen.

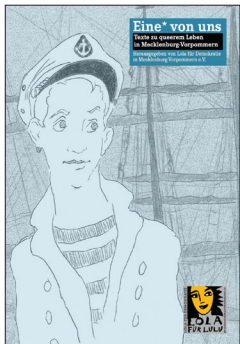
Mehr Informationen: <https://www.ida-nrw.de/veranstaltung/register/result/reguid/hmac/wir-erleben-es-jeden-tag-rassistische-diskriminierung-in-der-migrationsgesellschaft-handlungsm/>

Anmeldung per E-Mail über Julia Wenzel (AWO Dortmund): [j.wenzel\[at\]awo-dortmund.de](mailto:j.wenzel[at]awo-dortmund.de)

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und der entsprechenden Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Audios und Videos können über die Webseite www.vielfalt-mediathek.de recherchiert oder heruntergeladen werden. Der Newsletter der Vielfalt-Mediathek präsentiert in jeder Ausgabe einen Themenschwerpunkt, neue Materialien, Veranstaltungstipps sowie Literaturhinweise. Zur Anmeldung [hier](#).



■ Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e. V. (Hg.): Eine* von uns. Texte zu queerem Leben in Mecklenburg-Vorpommern

2019, 48 S., Belletristik / Broschüre

Die Broschüre will Mut machen, die Vielfalt unserer Geschlechter und unserer sozialen Lebensformen wahrzunehmen und sich aktiv für ihre Gleichwertigkeit einzusetzen. Um das zu erreichen, erzählen Menschen verschiedenen Alters und aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionierungen ihre Alltagsgeschichten aus Mecklenburg-Vorpommern.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6770/eine-von-uns-texte-zu-queerem-leben-in-mecklenburg-vorpommern.html>

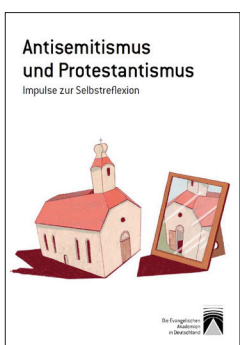


■ ufuq.de (Hg.): bildmachen. Jugendliche gegen islamistische Inhalte in Sozialen Medien stärken. Workshops für Jugendliche und Fortbildungen für Fachkräfte mit Ansätzen aus Medienpädagogik, politischer Bildung und Prävention

München, 2018, 35 S., Sachinformation / Broschüre

Warum wenden sich Jugendliche demokratiefeindlichen und religiös-fundamentalistischen Gruppen zu? Welche Rolle spielen Soziale Medien bei dem Rekrutierungsprozess? Und wie können die Jugendlichen kritische Medienkompetenz erlernen, die sie davor bewahrt, auf solche Gruppen und ihren Verheißungen reinzufallen? Die Broschüre wendet sich an Multiplikator*innen in der Jugendarbeit, um sie zu unterstützen, Antworten zu finden und medienpädagogisch-präventive Ansätze in der Bildungsarbeit zu fördern.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6758/bildmachen-jugendliche-gegen-islamistische-inhalte-in-sozialen-medien-st-rken-wo.html>



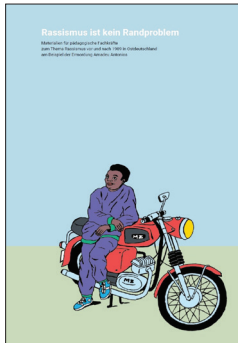
■ Evangelische Akademien in Deutschland e. V. (Hg.): Antisemitismus und Protestantismus. Impulse zur Selbstreflexion

Berlin, 2019, 32 S., Sachinformation / Broschüre

Die Broschüre ist entstanden im Projekt „Anti-Antisemitismus. Entwicklung und Erprobung von präventiven Konzepten im Kontext des Protestantismus“ und nimmt insbesondere Antisemitismus im kirchlichen Kontext und dessen Bekämpfung in den Fokus.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6763/antisemitismus-und-protestantismus-impulse-zur-selbstreflexion.html>

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:



■ Bürgerstiftung Barnim/Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): **Rassismus ist kein Randproblem. Materialien für pädagogische Fachkräfte zum Thema Rassismus vor und nach 1989 in Ostdeutschland am Beispiel der Ermordung Amadeu Antonios**

Barnim, 2018, 104 S., Bericht / Dokumentation, Sachinformation, Unterrichtsmaterial / Arbeitshilfe / Broschüre

Die Handreichung hat zum Ziel, Jugendliche und Schüler*innen an den Umgang mit Rassismus heranzuführen und damit zugleich an die tragische Geschichte von Amadeu Antonio zu erinnern, dessen Schicksal untrennbar mit Rassismus verbunden ist. Die sechs Comicgeschichten sind eingebettet in Praxismodule, die im schulischen wie auch im außerschulischen Bereich als Unterstützung fungieren können, sich mit jungen Menschen über Rassismus und seine Ursachen sowie Folgen auseinanderzusetzen.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6757/rassismus-ist-kein-randproblem-materialien-f-r-p-dagogische-fachkr-fte-zum-thema.html>

■ Neuer Podcast in der Vielfalt-Mediathek

Framing als Technik im politischen Meinungsbildungsprozess

Spätestens seit dem „Framing-Manual“ der ARD von Elisabeth Wehling aus dem Jahr 2017 ist das Wort Framing und seine vermeintliche Bedeutung in der Beeinflussung des Willensbildungsprozesses bekannt. Ist Framing aber wirklich so ein mächtiges „Propagandainstrument“ im Kampf um die Köpfe der Menschen oder ist es „nur“ eine legitime Technik bzw. Theorie unter vielen, deren Bedeutung überschätzt wird?

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6798/framing-als-technik-im-politischen-meinungsbildungsprozess.html>

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Aus den Mitgliedsverbänden:

■ Erklärung der SJD - Die Falken: Das Problem heißt rechter Terror. #Hal0910

Aus einer Pressemitteilung der Falken vom 10. Dezember 2019

Der Mord an zwei Menschen in Halle am gestrigen Tag – dem Tag des jüdischen Versöhnungsfestes Jom Kippur – hat tiefe internationale Betroffenheit ausgelöst. Auch wir sind heute in Gedanken bei den Hinterbliebenen der Opfer und jenen Menschen, die durch die abscheuliche Tat traumatisiert zurückgelassen wurden.



Dabei stellt diese Tat leider nur das jüngste Ereignis in der Geschichte des neuen rechten Terrors in Deutschland dar. Nach der Mordserie des NSU, unzähligen Anschlägen und Überfällen auf Geflüchte-

tenunterkünfte und linke Einrichtungen, sowie dem Mord an Walter Lübcke, hatte es der Täter diesmal auf die Menschen in der Synagoge der Stadt Halle abgesehen. Nachdem er es nicht schaffte dort einzudringen, visierte er als nächstes Anschlagziel einen Dönerimbiss an.

Aus seiner nationalsozialistischen und antisemitischen Ideologie macht der Täter keinen Hehl. Aus den mutmaßlich von ihm verfassten Dokumenten, die im Netz kursieren, geht hervor, dass er zunächst eine Moschee oder ein linkes Zentrum angreifen wollte, sich schließlich aber für die Synagoge entschieden habe. Jüd*innen seien schuld am Feminismus, der wiederum zu weniger Geburten und damit zur Masseneinwanderung führe. Er habe deshalb so viele Jüd*innen wie möglich ermorden wollen. In der Live-Übertragung seiner Tat leugnete er zudem den Holocaust.

Diese Verknüpfung aus antisemitischen, rassistischen und antifeministischen Ressentiments ist nicht neu. Sie finden sich ebenso beim

norwegischen Rechtsterroristen Anders Breivik, der 2011 77 Menschen ermordete, sowie bei Brenton Tarrant, der im März diesen Jahres 51 Menschen im neuseeländischen Christchurch tötete.

Es ist gerade zu diesem Zeitpunkt wichtig, den Kern dieser Taten klar zu benennen: Rassistische und antisemitische Weltanschauungen müssen unmissverständlich als Ursache dieses und aller anderen Gewaltverbrechen des neuen rechten Terrors verstanden und bekämpft werden. Wer an dieser Stelle lediglich von einem Einzeltäter spricht, verkennt die Realität der zunehmenden rechten Radikalisierung der Gesellschaft in allen Schichten. Rechte Terrorist*innen vernetzen sich heute über antifeministische Internetforen und rechtsradikale Facebook-Gruppen bis hin zur Bildung von Seilschaften innerhalb von Polizei und Bundeswehr, wie es zuletzt am Beispiel des Hannibal-Netzwerks deutlich wurde.

Der Terroranschlag von Halle zeigt einmal mehr, dass rassistische und antisemitische Weltanschauungen keine legitimen Meinungen in einem offenen und demokratischen politischen Diskurs sein können. Sie tragen einen Vernichtungswillen in sich, der politisch mit aller Konsequenz bekämpft werden muss. Dafür braucht es mehr antifaschistisches Engagement in den Nachbarschaften, Schulen und Betrieben und mehr Zivilcourage. Gerade jetzt benötigt es dafür mehr öffentliche Förderung für antifaschistische und antirassistische Projekte. Vor allem braucht es nun aber endlich den politischen Willen der staatlichen Stellen, rechte Straf- und Gewalttaten konsequent und mit allen Mitteln zu verfolgen und zu bekämpfen.

Stehen wir zusammen im Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus.

In Solidarität mit den Hinterbliebenen der Opfer von Halle und allen Menschen, die von Rassismus und Antisemitismus bedroht sind:

iNo pasarán!

Wir Falken haben auf unserer diesjährigen Bundeskonferenz beschlossen, ein Projekt zur Auseinandersetzung mit dem neuen rechten Terror und der Gedenkkultur für die Opfer und Hinterbliebenen zu starten. Alle interessierten Menschen sind herzlich eingeladen, sich daran zu beteiligen.

■ Statement zum rechtsextremen Terroranschlag in Halle am 9. Oktober 2019 (von Amaro Drom)

Wir sind unendlich wütend angesichts des gestrigen Terroranschlags in Halle. Wir erklären uns solidarisch mit allen Juden*Jüdinnen in Deutschland und trauern mit den Angehörigen der Opfer. Als Sinti*zze und Rom*nja sind wir selbst immer wieder Zielscheibe von Hass und Gewalt und stehen fest an ihrer Seite.

Der antisemitische Anschlag geschah am jüdischen Feiertag Yom Kippur – dem Versöhnungstag. Juden und Jüdinnen in Deutschland können sich weder an ihrem wichtigsten Feiertag, noch an allen anderen Tagen des Jahres in Deutschland sicher fühlen. Antisemitismus steht in Deutschland nicht erst seit gestern wieder auf der Tagesordnung. Antisemitische Einstellungen, Bedrohungen und Übergriffe haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Menschenverachtende Einstellungen gehören wieder zum Alltag in Deutschland. Diese Realität betrifft Juden*Jüdinnen, ebenso wie uns Sinti*zze und Rom*nja sowie Schwarze Menschen und People of Color und andere marginalisierte Bevölkerungsgruppen tagtäglich und sie ist nicht hinnehmbar.

Der Anschlag in Halle ist nicht das Werk eines fanatischen Einzeltäters. Er ist ein Teil der anhaltenden Normalisierung rechtsextremer Einstellungen in unserer Gesellschaft.

Wir wissen seit Langem: der rechte Terror hat System.

Die Existenz von Neonazi-Terrornetzwerken wie dem NSU ist lange bekannt. Ebenfalls bekannt ist der Umstand, dass wichtige Positionen der Exekutive und des Verfassungsschutzes in Deutschland von Personen mit menschenfeindlichen Einstellungen besetzt sind. Der Einfluss von Parteien wie der AfD und von Neonazis in den Parlamenten wächst immer weiter. Die Regierungsparteien versäumen bis heute sich mit aller ihnen zur Verfügung stehenden Macht gegen die Zunahme rechter Gewaltbereitschaft in allen Gesellschaftsbereichen zu stellen. Sie entscheiden sich bis heute dagegen rechte Netzwerke in demokratischen Institutionen, Polizei, Bundeswehr und Verfassungsschutz konsequent zu bekämpfen. Im Gegenteil begleiten sie die seit Jahren andauernde Verschiebung des Sag- und Machbaren mit der Durchsetzung immer neuer Verschärfungen des Asylrechts seit 2014, wie zuletzt dem sogenannten Hau Ab Gesetz. Diese Gesetze sind massive Einschnitte in die Menschenrechte Geflüchteter und tragen zur Weiterverschärfung der rassistischen Stimmung in der Gesellschaft bei.

Zur gleichen Zeit werden Maßnahmen zur Demokratieförderung und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Diskriminierung gekürzt* und erst nach massiven Protesten der von den Kürzungen betroffenen Akteur*innen der Zivilgesellschaft werden diese fatalen Signale an die Gesellschaft offiziell hinterfragt.

Für diese Politik und den fehlenden politischen Willen alle Menschen in Deutschland konsequent zu schützen, bezahlen Juden und Jüdinnen, Schwarze Menschen, People of Color und Rom*nja und Sinti*zze tagtäglich mit der Einschränkung ihrer Freiheit und der Aufhebung ihres Rechts auf Unversehrtheit. Dieses Versagen bezahlen sie auch mit dem Leben.

Mehr als 200 Menschen wurden seit den Neunziger Jahren Opfer rechter Gewalt in Deutschland. Wir fordern, Antisemitismus in Deutschland ernst zu nehmen, einen effektiven Schutz

für die Jüdischen Gemeinden und die Solidarität mit den Opfern des gestrigen Terroranschlags. Wir fordern eine lückenlose Aufklärung des Terroranschlags in Halle und seiner Hintergründe. Wir fordern entschlossene Maßnahmen gegen rechte Netzwerke in allen gesellschaftlichen Institutionen. Wir fordern ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zum Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und alle Formen von Menschenfeindlichkeit. Dieses Bekenntnis erfordert neben klaren Worten vor allem Taten, die den politischen Willen zeigen Deutschland endlich zu einer Gesellschaft der Vielfalt zu machen, in der die Menschenrechte aller geachtet und geschützt werden.

■ Nachbericht von der Bundesjugendkonferenz von Amaro Drom zum Modellprojekt „Dikhen Amen“

Nach fünf Jahren intensiver Projektarbeit und vielen Erfolgen endet am 31. Dezember dieses Jahres die Laufzeit des Modellprojektes „Dikhen amen! Seht uns!“ und damit auch die



Förderung im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (BMFSFJ). Eine neue direkte Förderung von Amaro Drom durch „Demokratie leben!“ wird es nicht geben und

das, obwohl junge Menschen, die sich wie die Teilnehmenden von „Dikhen amen!“, ehrenamtlich und voller Energie für eine starke Demokratie einsetzen, das klare Signal brauchen, dass ihr Engagement wertgeschätzt und gefördert wird. Am Montag den 30.9.2019 findet die offizielle Abschlussveranstaltung des Projekts „Dikhen amen! Seht uns!“ statt, bei der auch der Parlamentarische Staatssekretär Stefan Zierke ein Grußwort sprechen wird.

■ Selbstbestimmte Bilder von Rom*nja und Sinti*zze für die Presse

Pressemitteilung vom 05. September 2019, Pressefotos von Amaro Drom online verfügbar auf www.gesellschaftsbilder.de

Selbstbestimmte Bilder junger Roma und Sinti* in die Öffentlichkeit zu bringen, ist uns ein wichtiges Anliegen. Den häufig stereotypen Darstellungen von Rom*nja und Sinti*zze möchten wir die Realität der Vielfalt der Communities in Deutschland visuell entgegensetzen.

In Zusammenarbeit und mit freundlicher Unterstützung durch das Projekt Gesellschaftsbilder.de haben wir darum eine Auswahl unserer Pressefotos auf der gleichnamigen Fotodatenbank veröffentlicht. Gesellschaftsbilder.de ist ein Projekt des Vereins SOZIALHELDEN e.V. in Zusammenarbeit mit Leidmedien.de. Die Bilder können auf der Website in verschiedenen Auflösungen kostenlos für die redaktionelle Verwendung heruntergeladen werden. Sie finden die Bilder unter den Kategorien „Sinti und Roma“ und „Amaro Drom“ sowie weiter unten in dieser Nachricht. Zu allen Fotos gibt es eine ausführliche Beschreibung zum Entstehungskontext. Wir bitten bei Nutzung um den Abdruck des Bildnachweises.

Eine größere Auswahl Pressefotos, die wir Ihnen auf Anfrage gerne zur Verfügung stellen, finden Sie weiterhin auch unter: www.amaro-drom.de/presse

Wir freuen uns auf eine vielfältige Bildberichterstattung über die Lebensrealitäten junger Rom*nja und Sinti*zze in Deutschland.

■ Appell der Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW zum Weltkindertag am 20. September 2019: Gleiche Rechte für alle Kinder!

Aus Anlass des Weltkindertages am 20. September fordert die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge, dass das Recht auf Gleichbehandlung für jedes Kind gilt. Sie bezieht eine eindeutige Position gegen jegliche Formen der Diskriminierung und des Rassismus gegen junge Geflüchtete. Von daher sind Angebote des Empowerments, der Selbstorganisation, der Partizipation sowie des Kindes- und Jugendschutzes, aber auch Begegnungsprojekte der verbandlichen und offenen Jugendarbeit mit Geflüchteten und Projekte der interkulturellen Jugendarbeit zu fördern, da sie Diskriminierung abbauen und Gleichberechtigung fördern können.

Der Appell ist abrufbar unter https://www.ljr-nrw.de/wp-content/uploads/2019/09/Appell-Weltkindertag-2019_final.pdf

■ Unterstützung der Dachverbände der Mobilen Beratung, der Opferberatung sowie der Ausstiegsberatung im Bereich Rechtsextremismus geht weiter

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) beabsichtigt, die Unterstützung der Dachverbände der mobilen Beratung und der Opferberatung sowie der Ausstiegsberatung im Kontext von Rechtsextremismus auch ab dem Jahr 2020 im Programm „Demokratie leben!“ fortzusetzen. Das BMFSFJ beabsichtigt hierfür bei Vorliegen der Fördervoraussetzungen in den kommenden drei Jahren insgesamt eine Summe in Höhe von 1,2 Millionen Euro bereitzustellen. Die Förderung soll im Rahmen von Begleitprojekten zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erfolgen und damit die Umsetzung des Programms insgesamt unterstützen. „Demokratie leben!“ ist das finanzstärkste und weitrei-

chendste Programm der Bundesregierung zur Demokratieförderung und Extremismusprävention. Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey hat das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ im Mai 2018 entfristet. Damit ist sichergestellt, dass es „Demokratie leben!“ auch nach 2020 weiter geben kann.

Weitere Informationen stehen unter <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemittelungen/unterstuetzung-der-dachverbände-der-mobilen-beratung--der-opferberatung-sowie-der-ausstiegsberatung-im-bereich-rechtsextremismus-geht-weiter/138524> bereit.

■ Kindeswohl vs. Abschiebungen: Zum Weltkindertag fordern Organisationen Einhaltung der Kinderrechtskonvention

Die Landesflüchtlingsräte, der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Jugendliche ohne Grenzen fordern anlässlich des Weltkindertags: Uneingeschränkte Berücksichtigung des Kindeswohls statt Abschiebungen um jeden Preis. Der diesjährige Weltkindertag am 20. September steht unter dem Motto „Wir Kinder haben Rechte!“. Vor genau 30 Jahren wurde die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen beschlossen. An diesem Tag rücken die Bedürfnisse von Kindern und vor allem ihre speziellen Rechte in den Fokus der Öffentlichkeit. Doch deutschlandweit werden bei Abschiebungen regelmäßig die Rechte von geflüchteten Kindern verletzt. Immer wieder berichten Geflüchtete von brutalen, häufig nachts stattfindenden Abschiebungen von Familien mit Kindern, von Familientrennungen und von der Missachtung von Abschiebungshindernissen, die bei den betroffenen Kindern vorliegen. Die Flüchtlingsräte, der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und die Jugendlichen ohne Grenzen fordern die beteiligten Behörden dazu auf, die in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschriebene vorrangige Berücksichtigung

des Kindeswohls umfassend und uneingeschränkt zu achten. „Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist“ (Artikel 3 Abs. 1 der UN-Kinderrechtskonvention). Das Wohl des Kindes findet jedoch im Kontext von Abschiebungen regelmäßig keine Beachtung. Kinder, die von Abschiebungen betroffen sind, gehen hier zur Schule und in den Kindergarten, sind zum Teil in Deutschland geboren. Dem besonderen Bedarf geflüchteter Kinder nach einem sicheren und stabilen Zuhause und der Verwurzelung der Kinder in Deutschland wird bei Behördenentscheidungen in der Regel kein Gewicht beigemessen. Bei der Abschiebung selbst werden Kinder oft mitten in der Nacht von der Polizei aus dem Schlaf und aus ihrem Leben in Deutschland gerissen. Sie sind der Situation völlig hilflos ausgeliefert, können zum Teil nicht einmal ihre Sachen packen, geschweige denn, sich von ihren Freund*innen, Lehrer*innen und Erzieher*innen verabschieden. „Die Angst vor Abschiebungen ist für geflüchtete Kinder und Jugendliche ein ständiger Begleiter. Sie haben Angst davor, in ein Land abgeschoben zu werden, aus dem sie mit ihren Eltern fliehen mussten oder in ein Land zurückkehren zu müssen, das sie noch nie gesehen haben“, beschreibt Jibran Khalil von Jugendliche ohne Grenzen die Situation. Zum Teil erfolgen Abschiebungen sogar aus Kindertagesstätten, Jugendhilfeeinrichtungen und Schulen heraus. „Kinder und Jugendliche müssen zur Schule und Kita gehen können, ohne Angst zu haben. Jugendhilfeeinrichtungen müssen sichere Orte sein“, erklärt Tobias Klaus vom Bundesfachverband umF. „Wir fordern von Bund und Ländern ein eindeutiges Bekenntnis zum Schutz vor Abschiebung aus Kindertagesstätten, Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen.“ „Auch Familientrennungen bei

Abschiebungen sind keine Seltenheit, obwohl Art. 9 der UN-Kinderrechtskonvention eine nicht dem Kindeswohl entsprechende Trennung der Kinder von den Eltern ausdrücklich verbietet“, sagt Birgit Naujoks vom Flüchtlingsrat NRW. „Es kann nicht sein, dass von den Abschiebungsbehörden das nationale Interesse möglichst vieler Abschiebungen über das weltweit in der UN-Kinderrechtskonvention festgelegte Interesse des Kindeswohles gestellt wird“, so Naujoks weiter. „Wir fordern die Landesregierung und die Ausländerbehörden auf, die Rechte von Kindern uneingeschränkt einzuhalten und bei jedem behördlichen Handeln das Kindeswohl prioritär zu beachten.“

Birgit Naujoks

Tel: 02 34 / 58 73 15 60

info@frnrw.de

https://www.frnrw.de/fileadmin/frnrw/media/downloads/Pressemitteilungen/20190920_Gemeinsame_PM_zum_Weltkindertag.pdf

■ Gutachten zum Neutralitätsgesetz: Rassistische Zuschreibungen sind keine Grundlage für die Debatte

ufuq.de kritisiert das vom Berliner Senat vorgestellte Rechtsgutachten zum Berliner Neutralitätsgesetz in zentralen Teilen als unwissenschaftlich und geprägt von rassistischen Zuschreibungen über „die Muslim_innen“. Unsere langjährige Arbeit an Berliner Schulen zeigt, dass solche Zuschreibungen in vielen Schulkonflikten eine wesentlich größere Rolle spielen als die im Gutachten konstruierte „islamische Religionskultur“.

Weitere Informationen stehen unter <https://www.ufuq.de/gutachten-zum-neutralitaets-gesetz-rassistische-zuschreibungen-sind-keine-grundlage-fuer-die-debatte-ueber-das-neutralitaetsgesetz/> bereit.

■ Offener Brief zur Aufnahme von Minderjährigen Geflüchteten aus Griechenland

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften hat gemeinsam mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen die Bundeskanzlerin und den Bundesinnenminister gebeten, sich für die Aufnahme geflüchteter Kinder und Jugendlicher aus Griechenland und für die Familienzusammenführung mit Angehörigen in Deutschland einzusetzen.

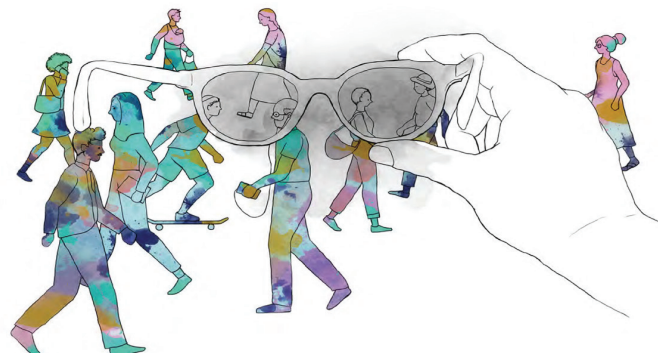
Als familienpolitischer Verband wenden wir uns auch explizit an die familien- und integrationspolitischen Sprecher*innen und weisen sie auf die katastrophale Lage vieler der mindestens 4.100 unbegleiteten Minderjährigen in Griechenland hin. Viele dieser Kinder und Jugendlichen leben unter katastrophalen Bedingungen auf der Straße, in Flüchtlingslagern für Erwachsene, sind in Haft oder in den Hotspots auf den griechischen Inseln. Viele sind ungeschützt vor Gewalt, leiden an mangelhafter Versorgung und erhalten kaum anderweitige Unterstützung.

Wir bitten daher die Politiker*innen, sich dafür einzusetzen, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus Griechenland aufzunehmen und zusätzlich die bestehenden rechtlichen Spielräume für die Zusammenführung von Schutzsuchenden mit Angehörigen in Deutschland im Rahmen des Dublin-Verfahrens im Sinne der Kinder und Jugendlichen zu nutzen.

Der offene Brief ist abrufbar unter https://b-umf.de/src/wp-content/uploads/2019/10/2019_10_20_aufnahme-minderjaehriger-aus-griechenland_ki.pdf

■ Rassismuskritik im Unterricht

Rassismuskritik bedeutet die umfassende Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Strukturen und individuellen Handlungsweisen, die durch Rassismen vermittelt sind und Rassismus verstärken. Besonders im Bildungsbereich ist die Beschäftigung mit rassismuskritischer



Arbeit notwendig, da auch dort rassismusrelevante Aushandlungsprozesse bestehen und reproduziert werden. Rassismuskritische Bildung zielt darauf, Rassismuskritik als Professionskompetenz für Lehrer*innen, Peers und Multiplikator*innen in deren fachliche Qualifizierung einzubinden. Schüler*innen sollen dabei Handlungskompetenzen entwickeln, um menschenfeindliche Positionen und Sachverhalte zu erkennen und sich dagegen positionieren zu können. Die Frage: „Was hat Rassismus mit mir zu tun?“ dient dabei als Leitfaden zur Reflektion und als Grundlage zur Erlangung einer rassismussensiblen Haltung.

Die Publikation von Prof. Dr. Karim Fereidooni gibt einen Überblick über die Notwendigkeit von rassismuskritischer Bildung und liefert praxisnahe Beispiele zur Einbettung in die eigene Arbeit.

Die komplette Publikation kann unter <https://schwarzkopf-stiftung.de/rassismuskritik/> heruntergeladen werden und ist auf Deutsch und Englisch verfügbar.

■ TolSaxKompakt zum Umgang mit Anfeindungen

Das Netzwerk Tolerantes Sachsen und seine Mitglieder setzen sich auf vielfältige Weise für demokratische Werte und gegen Rassismus sowie andere Formen von Diskriminierung in Sachsen ein. Diese Arbeit ist rechten Akteur*innen ein Dorn im Auge und wird von diesen zunehmend als „antidemokratisch“ und „intolerant“ verunglimpft.

Tatsächlich hat unsere Toleranz dort ihre Grenzen, wo gegen demokratische Prinzipien wie die unveräußerlichen Menschenrechte verstoßen wird und menschenverachtende, völkisch-nationalistische Ziele verfolgt werden.

Die gezielten Angriffe auf demokratische Initiativen und Institutionen sind Teil eines Kulturkampfes von rechts. Die Grenzen des Sagbaren sollen verschoben und die Stimmen derjenigen, die sich dieser Entwicklung entgegenstellen, zum Verstummen gebracht werden.



Mit der Reihe TolSaxKompakt liefert das Netzwerk Tolerantes Sachsen in knapper Form Hintergrundwissen und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit solchen Angriffen. Die Faltblätter

(A4) enthalten jeweils einen kurzen Problemaufriss, Hintergrundwissen, konkrete Tipps und Empfehlungen sowie Hinweise auf weitere Informationen und Ressourcen. Die Faltblätter können unter <https://www.tolerantes-sachsen.de/tolsaxkompakt-zum-umgang-mit-anfeindungen/> heruntergeladen werden.

■ ARIC - Toolbox Kompass F

Die Toolbox „Reaktiver und proaktiver Diskriminierungsschutz“ geht online. Sie kann unter www.kompassf.de/toolbox aufgerufen werden.

Die Online-Datenbank von Kompass F enthält eigene und externe Texte und Hinweise zur Bearbeitung von Diskriminierungen von geflüchteten Menschen auf individueller, institutioneller und struktureller Ebene zur rassistisch-muskratischen und diskriminierungssensiblen Aufstellung der Sozialen Arbeit mit geflüchteten Menschen.

Fachkräfte und Interessierte können Texte z.B. nach Diskriminierungsbereichen oder -merkmalen oder freien Schlagworten recherchieren und anzeigen lassen.

■ Wahlanalysen der Böll Stiftung

Die Reihe „Wahlanalysen“ der Heinrich Böll Stiftung bietet empirisch fundierte Beiträge zu wichtigen Wahlen. Basierend auf amtlichen Daten der Landeswahlämter sowie Befragungsdaten von infratest dimap werden Wahlergebnisse analysiert und verschiedene Aspekte des Wahlverhaltens untersucht:

- Warum haben Parteien gewonnen oder verloren?
- Welche Rolle spielen Kandidat/innen und Themen?
- Wer wählt wen warum?
- Wo liegen regional- und gruppenspezifische Unterschiede?



Unter <https://www.boell.de/de/wahlanalysen> finden Sie Antworten.

■ The Winner Takes It All?! - Methoden für die politische Bildung zu sozialer Ungleichheit

Die 42 reichsten Menschen der Welt besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung – knapp 4 Milliarden Menschen. Und wie ist es in Deutschland? Auch hier nimmt Ungleichheit zu – in vielen Städten wird Wohnraum zunehmend zu einem Luxus, den sich nur noch Reiche leisten können. Aber wie kann Bildungsarbeit zum Thema soziale Ungleichheit aussehen? Wie kann die Geschichte und Gegenwart von Ungleichheit in Deutschland und global didaktisch so aufbereitet werden, dass es interessant, verständlich und auf dem aktuellen wissenschaftlichen Stand ist? Das Bildungsmaterial „The Winner Takes It All?“ von EPIZ Berlin e.V. bietet einen Beitrag zu diesen Fragen. In dem Material werden neue Methoden zum Thema soziale Ungleichheit für Jugendliche und junge Erwachsene vorgestellt. Der Fokus liegt dabei auf Methoden, die die Teilnehmer*innen aktivieren.

Weitere Informationen und den Download finden Sie unter <https://www.globaleslernen.de/de/bildungsmaterialien/methodensammlungen-und-handbuecher/winner-takes-it-all-methoden-fuer-die-politische-bildung-zu-sozialer-ungleichheit>.

■ Digitale Lernwelten bei FUMA

Die neue Lernplattform FUMA digital ist online und bietet ein crossmediales Angebot im Bereich Gender und Diversität. Für alle Einsteiger*innen empfiehlt sich zu Beginn der virtuelle Stadtrundgang. Er bietet neun provokante und irritierende Fragen zur Einstimmung. Auf FUMA digital findet sich zudem der kostenlose Selbstlernkurs JUMP IN. In dem Kurs wird Wissenswertes zu den Themen „Gender und Diversität“ vermittelt, mit Anregungen, eigene Standpunkte zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Die thematischen Schwerpunkte reichen von Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit über sexuelle Orientierung bis hin zur Genderpädagogik. Weitere Informationen stehen unter <https://fumadigital.de/> bereit.

■ Wie Hass im Netz die freie Meinungsäußerung beeinträchtigt

Hassrede beeinträchtigt freie Meinungsäußerung im Netz. Das ist eines der zentralen Ergebnisse einer Online-Befragung, die unter dem Namen „Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie“ veröffentlicht wurde. Welche Erfahrungen haben Bürgerinnen und Bürger mit Hate Speech und wie sind ihre Einstellungen zu Hassrede im Internet? Um das zu erfassen, wurde im Auftrag von Campact e. V. im April und Mai 2019 die bisher größte deutsche repräsentative Online-Befragung mit 7.349 Teilnehmenden im Alter zwischen 18 und 95 Jahren realisiert. Weitere Informationen stehen unter <https://www.demokratie-leben.de/index.php?id=1736> bereit.

■ Launch Projektpage mit Bildungsmaterial

Der Launch der Projektpage walter.basa.de wurde erfolgreich abgeschlossen. Dort stehen alle im Projekt erstellten Podcasts sowie weiteres Material und zukünftig Methoden zum Download zur Verfügung. Die von Jugendlichen erstellen Beiträge beziehen sich auf die Frage: Was macht Terrorismus mit uns und unserer Gesellschaft?

Für die konkrete Arbeit an Schwerpunktthemen wurden die Podcasts in sechs thematische Blöcke aufgeteilt. Auf eine gesellschaftspolitische und theoretische Einbettung des Themas für die Lehrperson, folgen jeweils drei thematisch passende Podcasts mit didaktischen Fragen für die Kleingruppenarbeit. Diese werden weiterhin online mit Material und passenden Methodenvorschlägen ergänzt. Weitere Informationen stehen unter <https://walter.basa.de/> bereit.

■ Unterstützung für die „Weimarer Erklärung für demokratische Bildungsarbeit“

In einer bundesweit bisher einmaligen Aktion haben sich die Weimarer Kultur- und außerschulischen Bildungseinrichtungen gegen den Versuch einer Einflussnahme auf ihre Bildungsarbeit gestellt.

Die „Weimarer Erklärung für demokratische Bildungsarbeit“ wurde beim Pressegespräch an der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) am 23.10.2019 vorgestellt und von der EJBW sowie vielen weiteren lokalen Institutionen unterzeichnet.



Die „Weimarer Erklärung“ und die daran Beteiligten finden Sie

auch auf der Internetseite www.weimarer-erklaerung.de, auf der die Möglichkeit besteht, die Erklärung ebenfalls zu unterzeichnen.

Darüber hinaus stellen die Erstunterzeichnenden ihre Beweggründe für diese Aktion in Video-Statements dar.

Erstunterzeichnende sind u.a. die Klassik Stiftung Weimar, die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, die Stiftung Ettersberg, das Deutsche Nationaltheater und Staatskapelle Weimar GmbH, die Bauhaus Universität Weimar, das „Haus der Weimarer Republik e.V.“, die Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, die Volkshochschule Weimar, das Jugend- und Kulturzentrum mon ami, die Weimar-Jena-Akademie Verein für Bildung e.V., die weimar GmbH, die Stadt Weimar sowie die Hochschule für Musik Franz Liszt Weimar.

Unter folgendem Link finden Sie die Pressemitteilung vom 27. Oktober sowie den Text der Erklärung: https://www.ejbweimar.de/de/aktuell/artikel/weimar-macht-klar-demokratische-bildung-ist-nicht-wertneutral/?fbclid=IwAR3K1wefbroksbgFvay_TPi25YGhnwvRM-ca3n3a3qTx43pgkJE7R9yipJiO

■ An Demokratieförderung spart man nicht - schon gar nicht jetzt. Breites Bündnis fordert mehr Geld für Demokratieprogramm

Pressemitteilung vom 18. Oktober 2019

Die Kritik an der Bundesregierung und ihrem Demokratieförderprogramm wächst. Rund 120 Organisationen der Zivilgesellschaft sowie rund 120 Unterstützer*innen fordern Familienministerin Franziska Giffey (SPD) am Freitag, 18. Oktober, in einem offenen Brief dazu auf, mehr Geld für „Demokratie leben!“ bereitzustellen: 200 Millionen Euro jährlich statt der bisher zugesagten 115 Millionen Euro sollen vor allem Modellprojekten für deren Arbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und Extremismus zukommen. In seiner jetzigen Form spalte das Bundesförderprogramm die Zivilgesellschaft in Konkurrenten um die wenigen Projektgelder, so

die Unterzeichner*innen.

Zum Hintergrund: In den vergangenen fünf Jahren hat „Demokratie leben!“ etwa 400 Modellprojekte gefördert. Nun sollen nur noch rund 100 dieser innovativen Projekte gefördert werden. Eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Träger kann nun keine Förderung beantragen. Einige von ihnen arbeiten bereits seit Mitte der 2000er Jahre in ihrem Feld, der Wegfall der Gelder ist für viele existenzbedrohend. Die Unterzeichner*innen kritisieren: „Dass das Ministerium sich gerade jetzt einer seiner größten Erfolgsgeschichten beraubt, halten wir für falsch. Es braucht mehr Zivilgesellschaft, mehr Engagement, mehr Kompetenz, mehr Erfahrungstransfer, mehr Ermutigung für Minderheitengruppen - und nicht weniger.“

Die Absagen stehen, so die Unterzeichner*innen, in eklatantem Widerspruch zu aktuellen Herausforderungen wie rechtsextremem Terror. Ferda Ataman von den „neuen deutschen Organisationen“ sagt: „Gerade jetzt darf die Bundespolitik nicht an Demokratieförderung sparen, sie war nie notwendiger als jetzt. Es ist außerdem günstiger, in Gesellschaftspolitik zu investieren, als ständig die Sicherheitsmaßnahmen hochschrauben zu müssen.“

Auch die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus ist von den Kürzungen massiv betroffen. Seit über 15 Jahren entwickelt sie Konzepte zu aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus, insbesondere für die Arbeit in muslimisch-sozialisierten Milieus. Direktor Aycan Demirel warnt: „Viele unserer Projekte, unter anderem auch die wichtige Basisarbeit in Moscheegemeinden, müssen wir einstellen.“

Ministerin Giffey hatte das Förderprogramm umstrukturiert, kommunale Projekte können künftig mehr Geld erhalten - allerdings auf Kosten der Modellprojekte. „Das Problem ist nicht die Stärkung kommunalen Engagements, sondern die Kürzung bei den zivilgesellschaftlichen Trägern und die spaltende Wirkung der aktuellen Programmpolitik“, sagt Katharina

Debus von Dissens – Institut für Bildung und Forschung. Der Verein setzt seit 30 Jahren Bildungsprojekte zu Geschlecht und Diskriminierung um, unter anderem zu geschlechterreflektierter Rechtsextremismusprävention, und ist durch die aktuelle Politik existenziell bedroht. Debus fordert: „Die zivilgesellschaftlichen Träger müssen unabhängig von den politischen Konjunkturen in den Kommunen sein.“ Timo Reinfrank von der Amadeu Antonio Stiftung ergänzt: „Wir setzen darauf, dass die Haushaltspolitiker in der Bereinigungssitzung am 14. November die Mittel für das Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ deutlich erhöhen.“

Zudem fordern die Unterzeichner*innen eine langfristige strukturelle Förderung für bereits bewährte und erfolgreiche Träger, ein transparentes System der Bewertung von und Entscheidung über Förderzusagen sowie einen Beirat aus Trägerorganisationen, die Einfluss auf die zukünftige Programmgestaltung nehmen können.

Den Link zum Offenen Brief finden Sie unter www.demokratie-mobilisieren.de

■ Struktureller Rassismus: Landeskriminalamt (LKA) führt Liste von „Ausländervereinen“ – Migrantische Selbstorganisationen sind empört

Pressemitteilung vom 25. Oktober 2019

Das Berliner LKA wollte die Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. (kurz: KuB e.V.) als „Ausländerverein“ einstufen. Grundlage dieser Entscheidung war laut einer Mitarbeiter*in vom LKA, dass die Namen der Vorstandsmitglieder „fremd“ klangen. Migrant*innenselbstorganisationen kritisieren daraufhin strukturellen Rassismus im LKA und fordern die Abschaffung des §14 „Ausländervereine“ im Vereinsrecht. „Ausländervereine“ unterliegen verschärften Anzeige- und Auskunftspflichten und können einfacher verboten werden.

Ein Vorstandsmitglied der KuB e.V. wurde am 22.08.2019 von Berliner LKA in einem Schrei-

ben an ihre Privatadresse kontaktiert. Laut dem handle es sich bei der KuB „Nach erfolgter Prüfung ihrer Vereinsakte [...] vorliegend um einen Ausländerverein“ gemäß §14 Abs. 1 des Vereinsgesetzes. Dies sei gesondert anzumelden und werde ansonsten mit einer Geldbuße geahndet. Sogenannte „Ausländervereine“ sind Vereine, deren Mitglieder oder Leiter*innen sämtlich oder überwiegend „Ausländer“ sind, d.h. keine Deutsche oder EU-Staatsangehörigkeit besitzen.

Da es sich bei der KuB nach §14 nicht um einen „Ausländerverein“ handelt, erfolgte eine telefonische Nachfrage beim LKA. Dieses teilte mit, die Überprüfung erfolge durch eine Sichtung der Namen von Vereinsvorständen. Erschienen die Namen der Vorstandsmitglieder als „fremd“, so gehe die Behörde davon aus, dass es sich um einen „Ausländerverein“ handele.

Die KuB kritisiert dieses Vorgehen scharf. „Die Kategorisierung von Menschen in ‚Deutsche‘ und ‚Ausländer‘ aufgrund ihres Namens ist purer Rassismus“ sagt Johanna Schneider, Mitarbeiter*in der KuB. „Wir sind entsetzt über diese Handhabe und fordern, dass das Berliner LKA dieses Vorgehen sofort beendet.“

Auch der Migrationsrat – ein Dachverband Berliner Migrant*innenselbstorganisationen – ist entsetzt. „Seit Jahren kritisiert der Migrationsrat Berlin strukturellen Rassismus in Sicherheits- und Justizbehörden berlin- und bundesweit. Dass nun ausgerechnet das Vereinsgesetz eine rechtliche Grundlage für die rassistische Behandlung migrantischer und postmigrantischer Vereine liefert, ist skandalös. Die Kategorisierung von Vereinen als ‚Ausländervereine‘ sowie deren damit einhergehende Schlechterstellung gehört umgehend abgeschafft.“, fordert Geschäftsleiterin Tuğba Tanyılmaz.

Vor dem Hintergrund des Anschlags in Halle und der rechtsterroristischen Anschlagsserie in Neukölln, bei der das Berliner LKA keinerlei Ermittlungsergebnisse vorzuweisen hat, stellt sich einmal mehr die Frage, welche Priorität Sicher-

heits- und Justizbehörden dem Schutz (post) migrantischer Vereine beimessen.

Die KuB nimmt die Kommunikation des LKA als politisch motivierten Druck auf kritische Stimmen der Zivilgesellschaft wahr. Die KuB e.V. ist eine selbstorganisierte Beratungsstelle in Berlin-Kreuzberg, welche seit 1983 verschiedene niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote für Geflüchtete und Migrant*innen anbietet. Die KuB ist eine Migrant*innen-selbstorganisation (MSO), und positioniert sich kritisch gegenüber Deutschlands aktueller Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Fragen und Interviews können an folgenden Kontakt gerichtet werden: oeffentlichkeitsarbeit@kub-berlin.org

■ „Handbuch Islam und Muslime“

Der MEDIENDIENST INTEGRATION hat am 30. Oktober in Berlin das „Handbuch Islam und Muslime“ vorgestellt. Es ist in enger Zusammenarbeit mit Fachleuten entstanden und präsentiert Zahlen, Fakten und Hintergrundwissen zu Islam und Muslim*innen in Deutschland: Was wissen wir über den Islam als Weltreligion und die Muslim*innen, die in Deutschland leben? Welche muslimischen Verbände und Organisationen gibt es? Welche Rolle spielen islamisch begründeter Extremismus auf der einen und Islamfeindlichkeit auf der anderen Seite?

Anschauliche Karten und Grafiken helfen, die Informationen einzuordnen. Insbesondere Medienschaffenden will der MEDIENDIENST damit praktische Informationen an die Hand geben. So enthält das Handbuch auch ein Verzeichnis mit Adressen und Ansprechpartner*innen islamischer Religionsgemeinschaften und zivilgesellschaftlicher muslimischer Organisationen.

Es handelt sich um eine komplett überarbeitete, aktualisierte und stark erweiterte Neuauflage des „Journalisten-Handbuch zum Thema Islam“, das der MEDIENDIENST 2016 veröffentlicht hat. Eine PDF-Version des „Handbuch Islam und Mus-

lime“ können Sie unter folgendem Link kostenlos herunterladen: https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/MDI_HBI_Neuauflage_Oktober_2019.pdf

■ Politische Talkshows in ARD und ZDF - wo Rassismus auch nur eine Meinung ist

Die Neuen deutschen Medienmacher*innen verleihen zum zweiten Mal die „Goldene Kartoffel“. Der Preis für besonders unterirdische Berichterstattung geht an Medien oder Journalist*innen, die ein verzerrtes Bild vom Zusammenleben im Einwanderungsland Deutschland zeichnen oder an Sendungen und Formate, die Probleme und Konflikte immer wieder grob überzeichnen, Vorurteile verfestigen und gegen journalistische Standards verstoßen.

Preisträger*innen der „Goldenen Kartoffel“ 2019 sind die vier politischen Talkshows im öffentlich-rechtlichen Fernsehen:

- hart aber fair (Frank Plasberg, ARD)
- maischberger (Sandra Maischberger, ARD)
- Anne Will (Anne Will, ARD)
- maybrit illner (Maybrit Illner, ZDF)

Die Jury hat sich für die politischen Talkshows von ARD und ZDF entschieden, obwohl sie in Inhalt und Ausführung qualitative Unterschiede erkennt. Entscheidend war, dass alle in den letzten Jahren den oben genannten Kriterien entsprachen. Die Pressemitteilung finden Sie unter <https://www.neuemedienmacher.de/preisverleihung-goldene-kartoffel-2019-2/>



Literatur und Materialien zu den Themen...

■ ... zum Thema Rechtsextremismus

AK-Ruhr - Arbeitskreis Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (Hg.): Jenseits des Bermuda Dreiecks. Verschwörungstheorien als Thema der politischen Jugendbildung, Dortmund 2019

Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e. V./Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e. V./antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e. V. (apabiz) (Hg.): Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945. Pädagogische Handreichung zur Wanderausstellung für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit mit Jugendlichen ab 15 Jahren, Berlin 2019 (kostenloser Download unter https://www.aktives-museum.de/fileadmin/user_upload/Extern/Dokumente/Handreichung_Extreme-Rechte.pdf)

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD, Berlin 2019

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e. V. (apabiz)/Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e. V. (Hg.): Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945 (Ausstellungskatalog), Berlin 2019

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e. V.- AGJ (Hg.): Forum Jugendhilfe. Im Fokus - Radikalisierung und Extremismus, Ausgabe 02/2019, Berlin 2019

Brandstätter, Helmut: Kurz & Kickl. Ihr Spiel mit Macht und Angst, Wien: Kremayr & Scheriau, 2019

Buchberger, Wolfgang/Mittnik, Philipp (Hg.): Herausforderung Populismus. Multidisziplinäre Zugänge für die Politische Bildung (Wochenschau Wissenschaft), Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2019

Büchner, Timo: Der Begriff „Heimat“ in rechter Musik. Analysen - Hintergründe - Zusammenhänge, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2020

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund (Hg.): Erziehung und Wissenschaft. Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW. Schwerpunkt: Rechtsruck, 71. Jg., 04/2019, Frankfurt a. M. 2019

Gießelmann, Bente/Kerst, Benjamin/Richterich, Robin/Suermann, Lenard/Virchow, Fabian (Hg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2. komplett überarbeitete und ergänzte Aufl., 2019

Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. modern - subversiv - hasserfüllt. Hintergründe und Methoden für die Praxis der Prävention, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 5. aktualisierte Aufl., 2017

Klausmann, Vincent: Meinungsfreiheit und Rechtsextremismus. Das antinationalsozialistische Grundprinzip des Grundgesetzes (Recht und Gesellschaft - Law and Society, Bd. 11), Baden-Baden: Nomos, 2019

Koppetsch, Cornelia: Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter (X-Texte zu Kultur und Gesellschaft), Bielefeld: transcript, 2019

Neubauer, Dirk: Das Problem sind WIR. Ein Bürgermeister in Sachsen kämpft für die Demokratie, München: DVA, 2019

Niehr, Thomas/Reissen-Kosch, Jana: Volkes Stimme? Zur Sprache des Rechtspopulismus (Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 10374), Bonn 2019

Quent, Matthias: Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können, München: Piper, 2019

Wiacek, Martin: Strafbarkeit rechts motivierter Cyberkriminalität in sozialen Netzwerken (Deutsches und Europäisches Strafprozessrecht und Polizeirecht, Bd. 11), Baden-Baden: Nomos, 2019

■ ... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Rassismuskritik

Altreiter, Carina/Flecker, Jörg/Papouschek, Ulrike/Schindler, Saskja/Schönauer, Annika: Umkämpfte Solidaritäten. Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft, Wien: Promedia, 2019

Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender GMF und Rechtsextremismus (Hg.): Abwertung von Menschen mit Behinderung (Flyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Erkennen. Benennen. Verändern“), aktualisierte Neuaufl., Berlin 2019

Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender GMF und Rechtsextremismus (Hg.): Altersdiskriminierung (Flyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Erkennen. Benennen. Verändern“), aktualisierte Neuaufl., Berlin 2019

Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender GMF und Rechtsextremismus (Hg.): Antimuslimischer Rassismus (Flyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Erkennen. Benennen. Verändern“), aktualisierte Neuaufl., Berlin 2019

Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender GMF und Rechtsextremismus (Hg.): Antisemitismus (Flyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Erkennen. Benennen. Verändern“), aktualisierte Neuaufl., Berlin 2019

Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender GMF und Rechtsextremismus (Hg.): Diskriminierung, Abwertung und Missachtung. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und was ich dagegen tun kann (Flyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Erkennen. Benennen. Verändern“), aktualisierte Neuaufl., Berlin 2019

Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender GMF und Rechtsextremismus (Hg.): Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft (Flyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Erkennen. Benennen. Verändern“), aktualisierte Neuaufl., Berlin 2019

Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender GMF und Rechtsextremismus (Hg.): Feindschaft gegen Obdachlose (Flyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Erkennen. Benennen. Verändern“), aktualisierte Neuaufl., Berlin 2019

Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender GMF und Rechtsextremismus (Hg.): Feindschaft gegenüber geflüchteten Menschen (Flyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Erkennen. Benennen. Verändern“), aktualisierte Neuaufl., Berlin 2019

Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender GMF und Rechtsextremismus (Hg.): Homo- und Trans*feindlichkeit (Flyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Erkennen. Benennen. Verändern“), aktualisierte Neuaufl., Berlin 2019

Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender GMF und Rechtsextremismus (Hg.): Lookismus (Flyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Erkennen. Benennen. Verändern“), aktualisierte Neuaufl., Berlin 2019

Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender GMF und Rechtsextremismus (Hg.): Rassismus (Flyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Erkennen. Benennen. Verändern“), aktualisierte Neuaufl., Berlin 2019

Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender GMF und Rechtsextremismus (Hg.): Rassismus gegen Sinti und Roma (Flyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Erkennen. Benennen. Verändern“), aktualisierte Neuaufl., Berlin 2019

Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender GMF und Rechtsextremismus (Hg.): Sexismus (Flyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Erkennen. Benennen. Verändern“), aktualisierte Neuaufl., Berlin 2019

Antirassistische Initiative e. V., Dokumentationsstelle (Hg.): Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen (1993 bis 2018). Dokumentation 2005-2014, Heft II, 26. aktualisierte Aufl., Berlin 2019

Antirassistische Initiative e. V., Dokumentationsstelle (Hg.): Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen (1993 bis 2018). Dokumentation 2015-2018, Heft III, 26. aktualisierte Aufl., Berlin 2019

Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF) Sachsen e. V., Projekt MUT-Interventionen. Geschlechterreflektierende Prävention gegen Rassismus im Gemeinwesen (Hg.): MUT-Interventionen. Zwischenbericht Stand 2018 (Texte und Dokumentationen vom Fachtag „Die Erfindung der Gruppe. Vielfaltpädagogische Antworten auf „Wir“ und „die Anderen“, 12. April 2018, Leipzig und Dokumentation zum Fachsalon 10 Jahre MUT. Rundblick: Auseinandersetzung mit Neonazismus und Rassismus in Sachsen, 8. Mai 2018, Chemnitz), Chemnitz 2018

Autor*innenkollektiv Fe.In: Frauen*rechte und Frauen*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt, Berlin: Verbrecher Verlag, 2019

Barsch, Sebastian/Lutter, Andreas/Meyer-Heidemann, Christian (Hg.) unter Mitarbeit von Langbehn, Hans-Joachim: Fake und Filter. Historisches und politisches Lernen in Zeiten der Digitalität (Wochenschau Wissenschaft), Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2019

Bensoussan, Georges: Die Juden der arabischen Welt. Die verbotene Frage. Mit einer Einleitung von Stephan Grigat. Aus dem Französischen von Jürgen Schröder, Leipzig: Hentrich & Hentrich, 2019

Berendsen, Eva/Cheema, Saba-Nur/Mendel, Meron (Hg.): Trigger Warnung. Identitätspolitik zwischen Abwehr, Abschottung und Allianzen. Unter Mitarbeit von Charlotte Busch, Berlin: Verbrecher Verlag, 2019

Bieling, Hans-Jürgen (Hg.): Politikum. Analysen/Kontroversen/Bildung: Schwerpunkt: Identitätspolitik, 4. Jg., Heft 4/2018, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2019

Binder, Christina/Debus, Tessa/Holzleithner, Elisabeth/Kreide, Regina/Krennerich, Michael/

Pollmann, Arnd/Weyers, Stefan (Hg.): Zeitschrift für Menschenrechte/Journal for Human Rights. Thema: Menschenrechte in Zahlen, 13. Jg., Nr. 1/2019, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2019

Bundesausschuss Politische Bildung e. V. (bap)/Wochenschau Verlag (Hg.): Journal für politische Bildung. Themenschwerpunkt: Demokratieförderung vs. Politische Bildung, 9. Jg., Ausgabe 2/2019, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2019

Bundeskoordination von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hg.): q.rage. Schüler:innen-Magazin, Schwerpunkt: Radikal, Nr. 12, Berlin 2019

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Themenheft: Deutsche Kolonialgeschichte, 69. Jg., 40-42/2019, 30. September 2019, Bonn 2019

Czollek, Leah Carola/Perko, Gudrun/Kaszner, Corinne/Czollek, Max: Praxishandbuch Social Justice und Diversity. Theorien, Training, Methoden, Übungen (Pädagogisches Training), Weinheim: Beltz Juventa, 2. vollständig überarbeitete und erweiterte Aufl., 2019

Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) (Hg.): Tangram – Bulletin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus. Themenheft: Meinungsäusserungsfreiheit und Kampf gegen Rassismus/Liberté d'expression et lutte contre le racisme/Libertà di espressione e lotta al razzismo, Nr. 43, September 2019, Bern 2019

Förderverein PRO ASYL e. V. – Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge (Hg.): Tag des Flüchtlings 2019. Menschen und Rechte sind unteilbar, Frankfurt a. M. 2019

Hasters, Alice: Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten, München: hanserblau, 2. Aufl., 2019

Hongler, Patricia: Den Süden erzählen. Berichte aus dem kolonialen Archiv der OECD (1948-1975), Zürich: Chronos, 2019

Hoppel, Lisa: Internationalistischer Nationalismus. Lehren aus dem panafrikanischen Befreiungskampf (edition kritische forschung), Wien: promedia, 2019

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) (Hg.): Jubiläumsmagazin 20 Jahre IDA-NRW. Rückblicke - Einblicke - Ausblicke, Düsseldorf 2019

Kramp, Leif/Weichert, Stephan: Hasskommentare im Netz. Steuerungsstrategien für Redaktionen (Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Medien NRW, Bd. 79), Düsseldorf 2018

Lessenich, Stephan: Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem [Was bedeutet das alles?], Ditzingen: Reclam, 2019

Marx, Karl: Lohn, Preis, Profit [Was bedeutet das alles?], Ditzingen: Reclam, 2019

Mengis, Eden/Drücker, Ansgar im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit e. V. (IDA) (Hg.): Antidiskriminierung, Rassismuskritik und Diversität. 105 Reflexionskarten für die Praxis, Weinheim: Beltz Juventa, 2019

Milz, Kristina/Tuckermann, Anja (Hg.): Todesursache: Flucht. Eine unvollständige Liste, Berlin: Hirnkost, 2. erweiterte Aufl., 2019

Müller, Michael: Antisemitismus im Kontext von Konformität. Die Umwegkommunikationsthese und antisemitische Vorurteile in Deutschland (Konflikt- und Gewaltforschung), Weinheim: Beltz Juventa, 2019

Rhein, Katharina: Erziehung nach Auschwitz in der Migrationsgesellschaft. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus als Herausforderungen für die Pädagogik, Weinheim: Beltz Juventa, 2019

Schwarz-Friesel, Monika: Judenhass im Internet. Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl, Leipzig: Hentrich & Hentrich, 2019

Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken, Bundesvorstand (Hg.): Feminismus in Argentinien. Erfahrungen einer internationalen Begegnung in Buenos Aires, Berlin 2019

Sternhell, Zeev: Faschistische Ideologie. Eine Einführung. Aus dem Englischen von Volkmar Wölk, Berlin: Verbrecher Verlag, 2019

Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus (Hg.): Internationale Wochen gegen Rassismus 2019 - Dokumentation, Darmstadt 2019

Streidl, Barbara: Feminismus, Ditzingen: Reclam, 2019

Terkessidis, Mark: Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute, Hamburg: Hoffmann und Campe, 2019 R

Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, AG „Migrations- und Ungleichheitsforschung“, Projekt „Islamfeindlichkeit im Jugendalter“ (Hg.): Muslime ja, Islam nein? Wissen schützt vor Islamfeindlichkeit, Duisburg 2019

Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, AG „Migrations- und Ungleichheitsforschung“, Projekt „Islamfeindlichkeit im Jugendalter“ (Hg.): „...man denkt immer sofort an Islamismus“. Islamfeindlichkeit im Jugendalter, Duisburg 2018

Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. Schwerpunkt: Europa - Trotz alledem, 1/2019, Berlin 2019

Wiedemann, Charlotte: Der lange Abschied von der weißen Dominanz, München: dtv, 2019

Wochenschau (Hg.): Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis. Themenschwerpunkt: Shrinking Spaces, 4, Jg., Nr. 1/2019, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2019

■ ... zu den Themen NS und Vergangenheitspolitiken

Fischer, Stefanie/Riemer, Nathanael/Schüler-Springorum, Stefanie (Hg.): Juden und Nichtjuden nach der Shoah. Begegnungen in Deutschland (Europäisch-jüdische Studien. Beiträge, Bd. 42), Berlin/Boston: de Gruyter Oldenbourg, 2019

Rebentisch, Jost/Dymczyk, Adina/Fehlberg, Thorsten (Hg.): Trauma, Resilience, and Empowerment. Descendants of Survivors of Nazi Persecution, Frankfurt a. M.: Mabuse, 2019

Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e. V. (Hg.): Mit Kindern über den Nationalsozialismus sprechen. Materialien für die pädagogische Arbeit mit Kindern von 9 bis 12 Jahren, 3. überarbeitete Aufl., Wuppertal 2017

■ ... zu den Themen Migration und Migrationsgesellschaft

Bundesausschuss Politische Bildung e. V. (bap)/Wochenschau Verlag (Hg.): Journal für politische Bildung. Themenschwerpunkt: Was ist Heimat? 9. Jg., Ausgabe 3/2019, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2019

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hg.): PatInnen, LotsInnen und MentorInnen in der Unterstützung und Integration geflüchteter Menschen. Dokumentation des Fachkongresses am 29. und 30. September 2016 in Berlin, Berlin 2017

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hg.): PatInnen, LotsInnen und MentorInnen in der Unterstützung und Integration geflüchteter Menschen. Dokumentation des 2. BBE-Fachkongresses am 9. und 10. November 2017 in Berlin, Berlin 2018

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hg.): Pat*innen, Mentor*innen, Lots*innen: Engagement fördern, gesellschaftliche Integration unterstützen. Dokumentation des 3. BBE-Fachkongresses am 15. und 16. November 2018 in Berlin, Berlin 2018

Dziri, Bacem/Dziri, Amir (Hg.): Aufbruch statt Abbruch. Religion und Werte in einer pluralen Gesellschaft, Freiburg/Basel/Wien: Herder, 2019

Farin, Klaus/Schami, Rafik/ (Hg.): Flucht aus Syrien - neue Heimat Deutschland? Ein Respekt!-Buch, Berlin: Hirnkost, 2018

Hofmann, Sandra/Laukhuf, Andrea/Runschke, Benedikt/Spies, Sabrina/Stohr, Daniel: Aktuelle und zukünftige Einwanderungsbedarfe von IT-Fachkräften nach Deutschland: Wie attraktiv sind die Bundesländer? (Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): WISO Diskurs 09/2019), Bonn 2019

Informationsverbund Asyl und Migration e. V. (Hg.): Das Migrationspaket. Beiträge zu den aktuellen gesetzlichen Neuerungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht sowie in weiteren Rechtsgebieten. Beilage zum Asylmagazin 8-9/2019, Berlin 2019

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS e. V.) (Hg.): Migration und Soziale Arbeit. Themenheft: Migration und Geschlechterverhältnisse, 41. Jg., Heft 3/2019, Weinheim: Beltz Juventa, 2019

Lenuweit, Tanja im Auftrag von Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH (Hg.): Religiös eingebundenes Engagement in der Freiwilligenarbeit von und mit Geflüchteten. Working Paper IV des Projekts „Perspektive Teilhabe - Unterstützung von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit - Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe für Geflüchtete“, Berlin 2019

Marx, Reinhard: Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Fachkräfteeinwanderung / Studium und Ausbildung / Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung (Nomos Praxis), Baden-Baden: Nomos, 2020

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche (Hg.): Zusammen leben, zusammen wachsen. Materialheft zur Interkulturellen Woche 2019, Frankfurt a. M. 2019

Verband für Interkulturelle Arbeit VIA e. V. (Hg.): VIA Magazin, Ausgabe Nr. 3-XV-18. Themenschwerpunkt: Das sind WIR! Teil 2, Duisburg 2018

Verband für Interkulturelle Arbeit VIA e. V. (Hg.): VIA Magazin, Ausgabe Nr. 4-XV-18. Themenschwerpunkt: Partizipation, Duisburg 2018

■ ... zum Thema Migrationspädagogik

Deinet, Ulrich (Hg.): Herausforderung angenommen – Offene Kinder- und Jugendarbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen, Weinheim: Beltz Juventa, 2019

Friese, Paul: Kultur- und migrationssensible Beratung (Basiswissen Beratung), Weinheim: Beltz Juventa, 2019

Informationsverbund Asyl und Migration e. V./ UNHCR, Vertretung in Deutschland (Hg.): Die Vormundschaft für unbegleitete Minderjährige. Handreichung für die Unterstützung unbegleiteter Minderjähriger im Asylverfahren und darüber hinaus (Beilage zum Asylmagazin 6-7/2019), Berlin 2019

Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen*arbeit in NRW e. V. (Hg.): Betrifft Mädchen. Themenheft: Perspektiven. Mädchen* und junge Frauen* nach der Flucht, 32. Jg., Ausgabe 3/2019, Weinheim: Beltz Juventa, 2019

■ ... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Kinderleicht. Mit Kinderrechten Demokratie lernen, Berlin 2018

Fork, Svetlana: Die jüdische Gemeinde als Ort der Identitätsbildung von Jugendlichen. Eine empirische Studie zur Lehr-Lern-Praxis. Mit einem Vorwort von Carlos Kölbl (Diskurse der Psycholo-

gie), Gießen: Psychosozial, 2019

Grotlüschen, Anke/Schmidt-Lauff, Sabine/Schreiber-Barsch, Silke/Zeuner, Christine (Hg.): Das Politische in der Erwachsenenbildung (Non-formale politische Bildung, Bd. 13), Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2019

IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (Hg.): IJAB Journal. Im Fokus: Diversität – bereichern die Vielfalt in der Internationalen Jugendarbeit, 11. Jg., 1/2019, Bonn 2019

jugendschutz.net (Hg.): Jugendschutz im Internet. Risiken und Handlungsbedarf. Bericht 2017, Mainz 2018

jugendschutz.net (Hg.): Jugendschutz im Internet. Risiken und Handlungsbedarf. Bericht 2018, Mainz 2019

■ **Fachtag „Prima Klima? Radikalisierungstendenzen und gruppenbezogene Men-schenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz“**

Termin: 6. bis 7. November 2019

Ort: Berlin

Info:

FARN - Fachstelle Radikalisierungsprävention
und Engagement im Naturschutz
c/o NaturFreunde Deutschlands
Warschauer Str. 58a/59a
10243 Berlin
Silke Dehm

seminare@nf-farn.de

Tel: 030 / 29 77 32 68

<https://www.nachhaltig-in-brandenburg.de/veranstaltungen/7/2050919/2019/11/06/farn-fachtagung-prima-klima-radikalisierungstendenzen-und-gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit-im-natur-und-umweltschutz.html>

■ **Fachtag zum Projektabschluss „Alte und neue Feindbilder: In welcher Gesellschaft wachsen Jugendliche heute auf?“**

Termin: 11. November 2019

Ort: Dortmund

Info:

Multikulturelles Forum e.V.
Daniel Janssen
Friedensplatz 7
44135 Dortmund

Tel: 02 31 / 28 86 07 4

janssen@multikulti-forum.de

<http://www.buendnis-toleranz.de/service/aktivveranstaltungen/174617/alte-und-neue-feindbilder-in-welcher-gesellschaft-wachsen-jugendliche-heute-auf>

■ **Jahresfachtagung des Projektes „Irgendwie Hier! Flucht - Migration - Männlichkeiten“**

Termin: 12. November 2019

Ort: Essen

Info:

LAG Jungenarbeit NRW

<https://lagjungenarbeit.de/angebote/fachtagungen/irgendwie-hier>

■ **„Soziale Ungleichheit, Krisenerfahrungen und Rechtspopulismus“ - Ein Workshop zur Entwicklung menschenrechtsorientierter Handlungsoptionen**

Termin: 12. November 2019

Ort: Heppenheim

Info:

Regionalstelle Süd des Demokratiezentrum
Hessen
Haus am Maiberg
Akademie für politische und soziale Bildung
der Diözese Mainz
Ernst-Ludwig-Straße 19
64646 Heppenheim
Tel: 06 25 2 / 93 06 19

info@haus-am-maiberg.de

<https://www.haus-am-maiberg.de/veranstaltung/soziale-ungleichheit-krisenerfahrungen-rechtspopulismus-ein-workshop-zur-entwicklung-menschenrechtsorientierter-handlungsoptionen/>

■ **aej-Fachtagung „DRANBLEIBEN! Jugendverbände engagiert für Vielfalt und Demokratie“**

Termin: 14. bis 15. November 2019

Ort: Berlin

Info:

Martina Seehaus (aej)

martina.seehaus@evangelische-jugend.de

<https://www.evangelische-jugend.de/dranbleiben>

■ **Fachtag „Junges Engagement trotz(t) Rassismus“**

Termin: 18. November 2019

Ort: Bochum

Info:

BUNDjugend NRW
Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108
44894 Bochum

<https://www.ljr-nrw.de/termin/fachtag-junges-engagement-trotzt-rassismus/>

■ **FUMA Talk „Rassismus(kritik) verstehen und machtkritisch handeln“**

Termin: 18. November 2019

Ort: Online, Webtalk

Info:

Karima Benbrahim
Leiterin IDA NRW e.V. Landesweite Fachstelle zu Rassismuskritik und Rechtsextremismusprävention

<https://www.gender-nrw.de/rassismuskritik-verstehen/>

■ **Fachtag „Freizeiten mit jungen Geflüchteten“**

Termin: 19. November 2019

Ort: Bielefeld

Info:

Jugendgästehaus Bielefeld
Hermann-Kleinewächter-Str. 1
33602 Bielefeld

Tel: 05 21 / 52 20 50

jgh-bielefeld@djh-wl.de

<https://www.dbjr.de/artikel/fachtag-ferienfreizeiten-mit-jungen-gefluechteten/>

■ **Netzwerk-Tagung „Haltung zeigen - Antifeminismus solidarisch begegnen“**

Termin: 21. bis 22. November 2019

Ort: Düsseldorf

Info:

Factory Campus
Erkrather Straße 401
40231 Düsseldorf

<https://www.gwi-boell.de/de/uebersicht-netzwerk-tagung-haltung-zeigen-antifeminismus-solidarisch-begegnen>

■ **Workshop „Desinformation und Fake News auf der Spur“**

Termin: 22. November 2019

Ort: Heppenheim

Info:

Regionalstelle Süd des Demokratiezentrum
Hessen
Haus am Maiberg
Akademie für politische und soziale Bildung
der Diözese Mainz
Ernst-Ludwig-Straße 19
64646 Heppenheim

Tel: 06 25 2 / 93 06 19

info@haus-am-maiberg.de

<https://www.haus-am-maiberg.de/veranstaltung/desinformation-und-fake-news-auf-der-spur-wie-sie-inhalte-im-netz-uberprufen-konnen/>

■ **Argumentationstraining gegen Antisemitismus und Menschenverachtung**

Termin: 22. bis 24. November 2019

Ort: Naumburg

Info:

Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt e.V.

Schönebecker Str. 82-84

39104 Magdeburg

Tel: 03 91 / 52 09 37 31

sachsen-anhalt@netzwerk-courage.de

www.netzwerk-courage.de

<https://www.jissa.de/bildung/landesweite-angebote/argumentations-und-handlungstraining-antisemitismus.php?fromNewsletter=1>

■ **Fortbildung „Ich und die anderen - Vielfalt in der Jugendhilfepraxis wahrnehmen und verstehen“**

Termin: 28. November 2019

Ort: Hagen

Info:

Heike Sofia Ewelt

Jugendring Hagen e.V.

Dödterstraße 10

58095 Hagen

Tel: 02 51 / 59 15 987

heikesofia.ewelt@lwl.org

<https://www.lwl.org/lja-download/fobionline/detail.php?urlID=1006707>

■ **Seminar „Diversität, Antidiskriminierung & Zivilcourage“**

Termin: 5. bis 6. Dezember 2019

Ort: Wien

Info:

Alice Scridon

Karl-Renner-Institut

Karl-Popper-Straße 8

1100 Wien

Tel: +43 15 86 / 75 44 17

Mobil: +43 660 / 20 79 603

alice.scridon@iz.or.at

<https://www.iz.or.at/de/angebote/diversitaet-antidiskriminierung-zivilcourage>

■ **Fachtag „Rechtspopulismus schadet der Seele“**

Termin: 10. bis 11. Dezember 2019

Ort: Frankfurt am Main

Info:

Judith Jünger

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e.V. (BAG EJSA)

Wagenburgstraße 26-28

70184 Stuttgart

Tel: 07 11 / 16 48 943

juenger@bagejsa.de

<https://www.jugendmigrationsdienste.de/aktuell/termin/save-the-date-fachtagung-rechtspopulismus-schadet-der-seele/>

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion: Nora Warrach, Sebastian Seng

V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952

Datenschutz

Wir haben zum Versenden der Infomail Ihre E-Mailadresse (und ggf. weitere personenbezogene Daten) gespeichert. Wir nutzen die gespeicherten Kontaktdaten nur, um Ihnen die Infomail zukommen zu lassen.

Wenn Sie die Infomail nicht mehr von uns erhalten möchten, können Sie diese jederzeit abbestellen, indem Sie uns eine formlose E-Mail an Info@IDAeV.de senden. Wir werden die Adresse dann aus dem Verteiler entfernen.